

Bernd Riexinger in Leinfelden

Am Donnerstag, den 17. September beendete Bernd Riexinger, Bundesparteivorsitzender der Linken, seine Sommertour in der Filderhalle in Leinfelden.

Vor zahlreichen Besuchern, nicht nur aus der Linken Partei, ging er zunächst auf die Flüchtlingspolitik ein. Er stellte klar, dass es für die Linke keine Verschlechterung des Asylrechts geben darf: „Wer in Not ist, dem muss geholfen werden“.

In Gegensatz zu Merkels Spruch „Wir schaffen das“, verschlechtert die Regierung aber das Asylrecht. So sollen Geldleistungen auf Sachleistungen umgestellt werden, obwohl dieses Prozedere gegen die Würde der Flüchtlinge gerichtet ist und noch dazu deutlich teurer wird.

Riexinger stellte die Forderungen der Linken in Sachen Flüchtlingspolitik vor:

- Der Bund muss die Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge übernehmen, denn die Kommunen sind damit überfordert. Das ist eine Folge der Politik der 90er Jahre, in denen die Kapazitäten zur Flüchtlingsunterbringung gekürzt worden sind, obwohl zahlreiche Menschenrechtsorganisationen auf steigende Flüchtlingszahlen hingewiesen haben.
- Flüchtlinge müssen das Recht auf Arbeit haben. Diese Auffassung wird von den Arbeitgeberverbänden und dem Städtetag geteilt. Bei der Umsetzung ist darauf zu achten, dass nicht eine Konkurrenz um billige Arbeitsplätze entsteht, in der Menschen gegeneinander ausgespielt werden.
- Der soziale Wohnungsbau muss mit einem offensiven Bauprogramm wieder aufgenommen werden. Bezahlbarer Wohnraum für Alle muss geschaffen werden. „Der soziale Mangel wird nicht durch die Flüchtlinge verursacht, sondern durch eine verfehlte Sozialpolitik“.
- Die Fluchtursachen müssen bekämpft werden. Die Hauptursache der Fluchtbewegungen ist Krieg, deshalb ist klar: „Keine Waffen exportieren“.

Politische Verfolgung ist ebenfalls eine Folge von Krieg. Bürgerkrieg entstand aus dem Zusammenbruch der Staaten Syrien und dem Irak durch die Intervention von außen. „Geld für Militäreinsätze ist da, aber nicht um Menschen zu retten. Das muss anders werden“

- Umweltschäden sind ein weiterer Fluchtgrund. Da wo Landstriche veröden werden die Menschen fliehen. Die Linke steht für eine friedliche, ökologische und gerechte Weltwirtschaftsordnung.

Riexingers nächstes Anliegen war die Zunahme der prekären Beschäftigung.

Er sprach darüber, dass Merkel zwar den Eindruck erweckt, allen geht es hier gut, der Wohlstand sei höchstens von außen bedroht, aber eine Anfrage der Linken im Bundestag hat zu Tage gebracht, dass wir zwar den höchsten Stand an Beschäftigung haben, die Zahl der Arbeitsstunden sich aber seit 13 Jahren nicht erhöht hat. Das bedeutet eine Deregulierung des Arbeitsmarktes mit dem größten Niedriglohnbereich aller entwickelten Staaten. Prekäre Beschäftigung macht 70% aller Beschäftigungsverhältnisse aus.

So ist jeder 4. Beschäftigte in Leiharbeit. Diese „moderne Sklaverei“ muss gleich bezahlt werden,

wie die regulär Beschäftigten, um Lohndumping zu vermeiden.

Werkverträge sind ebenfalls ein Instrument für Lohndumping, indem ganze Bereiche aus der Tarifbindung ausgegliedert und schlechter bezahlt werden. Fast jeder 2. Arbeitsvertrag ist befristet. Selbstständige Absicherung und Zukunftsplanung werden unmöglich. „Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen gehören verboten“.

Es herrscht strukturelle Unterbeschäftigung mit einer Vielzahl von nicht Existenz sichernden Mini- und unfreiwilligen Teilzeitjobs. Das wirkt sich ebenfalls auf die Zukunftsplanung und auch auf die spätere Rentenhöhe aus.

All diese prekären Beschäftigungsverhältnisse bewirken nicht nur private Unsicherheit, sondern sie schwächen auch die Gewerkschaften: befristet Arbeitende streiken nicht. Arbeitskämpfe werden schwerer und dauern länger. Die Tarifbindung wird geringer. Der Durchschnittsverdienst ist ohne Tarifbindung im Schnitt um 10 % geringer.

Prekäre Arbeit ist in Produktions- und Dienstleistungen eingespeist, unabhängig von Konjunktur und Wirtschaft. Sie wird nicht geringer, wenn sich die wirtschaftlichen Bedingungen verbessern. In den USA herrscht bereits eine Prekarisierung von 40%.

Die Folgen sind unsichere Lebensverhältnisse. Die Betroffenen sind von der kulturellen und sozialen Teilhabe ausgeschlossen. Sie sind politisch ausgegrenzt, denn „Menschen in sozialen Brennpunkten gehen nur zu 30% wählen, Reiche zu 80%“. „Arme erwarten nichts von Parteien und das ist gewollt so“. So werden die herrschenden Parteien nicht angegriffen.

„Die Linke darf soziale Ausgrenzung nicht zu lassen“.

„Wir haben hier den Wahnsinn der strukturellen Unterbeschäftigung und gleichzeitig der strukturellen Überbeschäftigung“ Die Arbeit muss umverteilt werden. Riexinger spricht hier von einer Arbeitszeitverkürzung in Richtung der 30 Stunden Woche.

Danach sprach Bernd Riexinger über die aktuelle Kampagne „Das muss drin sein“.

Er nannte die 5 Forderungen der Kampagne: Befristung und Leiharbeit stoppen, Mindestsicherungen ohne Sanktionen statt Hartz 4, Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst, Wohnen und Energie bezahlbar machen und Mehr Personal für Bildung, Gesundheit und Pflege.

Das Ziel ist: die Leute sollen sich organisieren. Dabei soll sich die Arbeitende Mitte mit den Prekären solidarisieren, denn auch sie ist von prekärer Beschäftigung bedroht, von Lohndruck, dem Druck auf die sozialen Systeme und den Arbeitsbedingungen, statt sich die Lösung von AFD oder CDU zu eigen zu machen, von oben nach unten zu treten.

Die Forderungen der Kampagne sollen Mehrheitsfähig werden. „Prekär“ soll in der Gesellschaft als Problem gesehen und verankert werden. Das heißt, Kämpfen, Stimmung machen, mobilisieren, bis ein gesellschaftlicher Stimmungswechsel geschafft ist. so wie bei dem Mindestlohn, an dem nach ein paar Jahren auch niemand mehr vorbei konnte. Das ist der Sinn der Kampagne.

Der letzte Teil seiner Rede drehte sich um die Linke im zukünftigen Landtag.

Er schätzt die Chancen für die Linke da reinzukommen hoch ein, nachdem mit Grün-Rot ein Politikwechsel ausgeblieben ist.

Das von der SPD geforderte gebührenfreie erste Kitajahr ist ausgeblieben.

Die Grünen zogen sich vom Stuttgart 21 Protest zurück.

Niels Schmidt hütet die schwarze 0 und taugt so nicht zum sozialen Gewissen der SPD.

Niemand spricht in der Landesregierung von prekärer Arbeit, Lohndumping usw. Nur die Linke vertritt diese Gruppe.

„Die Ausgaben bei öffentlichen Investitionen sind unterirdisch“, statt Schulden zu machen, obwohl doch die Zinsen bei 0 sind, werden private Investoren gesucht. Die verlangen 5-6% Zinsen, die dann der Steuerzahler bezahlen muss. Eigentum, wie Wasser, muss aber in öffentlicher Hand bleiben

und Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge werden. Es muss sich nach dem Bedarf der Menschen richten und nicht nach Profitinteressen.

Bei TTIP werden die Interessen der Konzerne in Gesetze gegossen. Gleiches passiert bei den öffentlichen Dienstleistungen, noch dazu mit dem Passus, einmal beschlossenes kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Abkommen wie TTIP stehen im Interesse der Wirtschaft, nicht der Menschen.

Wer Investitionen mit der Schuldenbremse will, muss die Einnahmen, also die Steuern erhöhen. In Deutschland besteht eine ungeheuer niedrige Steuerquote auf Eigentum und Familienbetriebe. Deshalb werden viele Gelder in Familienbetrieben gesichert. Das meiste Vermögen wird vererbt. „Erben ist keine Leistung. Sie sollten einen Beitrag leisten“. Die Vermögensschere geht auch deshalb so rasant auseinander, weil Vermögende so wenig Steuern zahlen müssen. Die Linke fordert erst ab dem Vermögen von einer Million eine Steuer. Das betrifft nicht sehr viele Menschen. Ab zwei Millionen soll die Steuer 5 % ausmachen. Das wären 80 000.-€ und brächte Baden- Württemberg weitere 8 Milliarden Steuern ein. Nur noch Österreich hat neben Deutschland keine Vermögenssteuer. Die Vermögenssteuer käme den Ländern und Kommunen zugute, nicht dem Bund.

„Wir brauchen dringend eine Alternative“.

Was bietet also die Linke?:

- Bezahlbare Wohnungen. Die Linke vertritt die Mieterinteressen. „Wohnen ist ein Grundrecht“ Bezahlbare Wohnungen sind ein Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge, kein Gegenstand von Profitinteressen.
- Ausbau der Kindertagesstätten und mehr Erzieher mit generell besserer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen. „Wer Geld verwaltet bekommt mehr, wie einer, der die Kinder betreut“ Mehr Personal für Pflege, Gesundheit und Erziehung. „Wir haben mit den schlechtesten Personalschlüssel aller Länder in der Pflege“.
- Ausbau des öffentliche Nahverkehrs. Gebührenfrei! „Das ist ein wirklicher sozial-ökologischer Umbau“
- Bessere Bildungsaussichten. Die soziale Auslese ist in Baden Württemberg am höchsten. Es besteht ein Flickenteppich an Bildungseinrichtungen. Die Gemeinschaftsschule soll Regelschule werden und bildungsferne Kinder müssen mehr gefördert werden. Die Gegenwehr dagegen resultiert hauptsächlich aus Angst vor Konkurrenz.
- Prekäre Arbeitsverhältnisse müssen zurück gedrängt werden. Der öffentliche Dienst, der zusammen mit den Großbetrieben am meisten nur befristet einstellt, sollte Vorbildcharakter bekommen.

„Die Linke wird als einzige Partei garantiert nicht mit der CDU koalieren“

mitgeschrieben von Ute Dahner

Die Pressemeldungen vom September:

Wahlweise angeboten, dem Teckboten, der Esslinger-, Nürtinger-, Wendlinger-, Filder- und Cannstatter-Zeitung, der Lokalredaktion und Kreisredaktion der Stuttgarter Zeitung, dem Wochenblatt Stuttgart und der Wochenzeitung Fildern Extra, der Esslinger Zwiebel gelegentlich auch der Untertürkheimer Zeitung, der Vaihinger Kreiszeitung und der Südkurier Redaktion Stuttgart.

Leserbrief:

Fast punktgenau zum Weltkindertrag (20.09.2015) berichtet die NtZ vom Streit der Arbeitgeber und Gewerkschafter über die Einführung des Faches „Wirtschaft“ in den Schulunterricht. Kein Thema für jüngere und ältere „Kinder“? Mitnichten! Schließlich sind unsere Kinder die Staatsbürger und „Wirtschaftssubjekte“ von morgen. Auch in der Schule muss Raum sein für die Fächer, in denen die Schüler-/innen die Aktivitäten und Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern kennenlernen. Sie müssen in der Lage sein, Kontra zu geben wenn ihnen jemand demonstrierende Arbeitnehmer als randalierende „Prols“ verkaufen will. Genauso müssen sie dagegen halten können, wenn Arbeitgeber als „dolce vita“ Kasper dargestellt werden, die das Geld, das sie nicht ihren Arbeitern und Ange-stellten bezahlen, mit Strandschönheiten in St. Tropez verjuxen. Den Schüler-/innen muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, dass die Zahl unsicherer Arbeitsplätze in den letzten Jahren spürbar ansteigt. Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge sind schon fast die Regel für die Menschen, die hierzulande in abhängiger Stellung tätig sind. Können da junge Menschen ihr Leben planen? Die Schüler-/Innen müssen durch den Schulunterricht in die Lage versetzt werden, die Frage „wem nützt's „zu stellen. Die Arbeitgeber sollen ruhig im Schulunterricht auftreten. Die Schülerinnen sollen erleben, wenn ein Arbeitgeber (oft mit der Träne im Knopfloch) die Folgen der Flexibilisierung, Globalisierung und Digi-talisierung der Arbeitswelt,beklagt! Erreichbarkeit und Kommunikationsmanagement werden besonders im Vordergrund gerückt. Die hierfür entstandenen Kosten sollen durch“Einsparung vom Personalkosten“ aufgefangen werden - also runter mit den Löh-nen!. Der Weg dahin ist für Arbeitgeber vergleichsweise einfach: Eine neue Tochterfirma wird gegründet und die Beschäftigten bekommen die Wahl: Arbeitslosigkeit oder den gleichen Job im neuen Betrieb für weniger Geld und schlechtere Arbeitsbedingungen.

Jochen Findeisen

Zum Leserbrief „Flüchtlinge und Eigentum“ NtZ 23.09.2015

Der Autor dieses interessanten Leserbriefes findet es „bedenklich“ wenn in unserem „beschaulichen Ländle“ Asylantenheime brennen. „Bedenklich“ ist eine verharmlosende Beschreibung von Straftaten (hier Brandstiftung gem. §§ 306–306f StGB) die nach ihrem Unrechtsgehalt vom Gesetz als Verbrechen angesehen werden. Wer Verbrechen begeht ist ein Verbrecher!

Der Autor des o.a. Leserbriefs fürchtet (leider) nicht ganz zu Unrecht, dass „aus Wut und Zorn der Bevölkerung Flächenbrände“ entstehen. Will er die Leser der NtZ etwa glauben machen, dass das kriminelle Gesindel, das mit Brandstiftungen droht, von weiteren Verbrechen Abstand nimmt, wenn

die Bundesrepublik Deutschland keine Flüchtlinge mehr aufnimmt? Die Bundesrepublik Deutschland ist ein freiheitlicher, demokratischer, sozialer Rechtsstaat. Das Asylrecht ist ein in unserem Grundgesetz festgeschriebenes Grundrecht. Niemand darf an Grundrechten rütteln! Wer sich hier von Verbrechern erpressen lässt, muss damit rechnen, dass diese dadurch ermuntert werden, weitere Forderungen nach Einschränkungen des Rechtsstaats zu präsentieren.

Wenn der Autor sich nicht vorstellen kann, mit Leuten aus einem anderen Kulturkreis unter einem Dach zu leben so ist dies - gelinde gesagt – unverständlich. Geht er deshalb nicht nach Agadir in den Urlaub, obwohl er damit rechnen muß, dass sein Hotel auch von Marokkanern besucht wird?? Schaut er keine Produkte der amerikanischen Unterhaltungsindustrie im Fernsehen an? Streckt er den Hals, wenn ihm ein türkischer Arbeitskollege eingelegten Schafskäse anbietet? Die Befürch-

tung, dass beim Leben unter einem Dach die Ehefrau des Autors bei dem muslimischen Mitbewohner um Genehmigung zum Kochen eines Schweinebratens einholen muss, soll wohl ein Witz sein - aber kein guter! Natürlich gibt es auch unter Muslimen ungezogene Rüpel. Aber wer jemals in einem muslimischen Hause eingeladen war wird sich gerne erinnern, dass dort Gast und Gastgeber äußerst zuvorkommend und ohne aufgesetzte Freundlichkeit miteinander umgegangen sind.

Jochen Findeisen

Zum Artikel „71 Migranten im Lkw starben schon in Ungarn“ (NtZ 04.09.2015)

Die „Jobbik-Partei“ im heutigen Ungarn knüpft in Rhetorik, Symbolik und Selbstdarstellung an die "Pfeilkreuz" Bewegung an, die in Ungarn während der deutschen Besatzung zwischen 1944 und 1945 herrschte. Jobbik unterhält die paramilitärisch organisierte „Ungarische Garde“, die zwar offiziell verboten ist, aber gleichwohl - wie einst die SA in Deutschland - in Ungarn lebende Roma terrorisiert. Bei Umfragen liegt die Jobbikpartei nur wenige Prozentpunkte hinter der Fidesz Partei des Premierministers Viktor Orban. Im Interesse des Erhalts seiner politischen Handlungsfähigkeit ist Orban auf die (inoffizielle) Unterstützung von Jobbik angewiesen. Orban wird hier Konzessionen machen müssen, die anderen europäischen Ländern nicht gefallen können. Die Kritik an Orbans Politik wird immer lauter.

"Angesichts der immer offensichtlicheren Attacken Viktor Orbans auf demokratische Grundprinzipien und die Solidaritätsgrundsätze der Europäischen Wertegemeinschaft bitte ich Sie, eine Aberkennung des Titels vorzunehmen", schreibt der SPD Landtagsabgeordnete Rinderspacher an die Franz Seidel Stiftung. Von dort hatte Orban 2001 den „Franz Josef Strauß Preis“ erhalten, der „für hervorragende Leistungen in Politik, Wirtschaft, Kunst und Kultur“ verliehen wird. Sicher ist es keine „hervorragende Leistung in der Politik“ wenn Verstöße gegen die ungarischen Grenzübertrittsvorschriften als schwere Straftat geahndet werden. Der CDU Europaabgeordnete Elmar Brok erklärte, es sei „nicht vereinbar mit der Genfer Konvention“; wenn Flüchtlinge auch nicht in einer von Ungarn nicht näher definierten „Notsituation“ wie Kriminelle erkennungsdienstlich behandelt werden würden.

Jochen Findeisen

Die Linke Kirchheim setzt sich gegen Befristete Arbeitsverträge und Leiharbeit ein

Pünktlich zum Schulbeginn verteilte die Ortsgruppe der Linken, zusammen mit dem Landtagswahlkandidaten Heinrich Brinker, vor den Eingängen der Schöllkopfschule und der Max-Eyth-Schule eine kleine Frühstückstüte und Informationsmaterial an die herbei strömenden Schüler.

Ziel dieser Aktion war, auf die stark gestiegene Anzahl der befristeten Arbeitsverhältnisse hinzuweisen, deren Anteil an den Beschäftigungsverhältnissen sich in den letzten Jahren fast verdreifacht hat. Davon sind gerade die jungen Menschen und Berufseinsteiger besonders betroffen. Jeder vierte von ihnen muss mit einer befristeten Arbeitsstelle rechnen und von den jungen Frauen ist jede zweite betroffen. Wie soll da eine Zukunfts- und Lebensplanung möglich sein?

Berufseinsteiger landen auch besonders häufig in Leiharbeit und Werkverträgen. Sie verdienen nach einer DGB-Studie Leiharbeiter gerade mal halb soviel, wie regulär beschäftigte.

Gemeinsam und mit langem Atem können wir Druck auf die Regierung aufbauen, diese Verhältnisse zu ändern. Wie das gelingen kann, zeigt das Beispiel Mindestlohn.

Ute Dahner

Die Fluchtursache Krieg

Bei der politischen Matinee der Kirchheimer Linken referierte die Hochschuldozentin und Vorstandsmitglied der Europäischen Linken Claudia Haydt im voll besetzten Raum über die Hauptfluchtursache: den Krieg.

Sie stellte zunächst klar, dass die Selbsteinschätzung der Deutschen über ihre offenerzige Hilfsbereitschaft den Flüchtenden gegenüber, im europäischen Ausland so nicht geteilt wird. Das Image bleibt vielmehr nachhaltig durch die deutsche Krisenpolitik beschädigt.

Die meisten Flüchtenden kommen aus Syrien, dicht gefolgt von Afghanistan in dem die Bundeswehr seit bald 14 Jahren aktiv ist. In den meisten Bürgerkriegsländern findet man Waffen aus Deutschland. So nimmt die deutsche Waffenindustrie gerne Aufträge aus Pakistan an, während pakistanische Flüchtlinge hierzulande weniger gern gesehen werden. Die Lage in afrikanischen Bürgerkriegsländern wie Somalia wurde durch die westliche Politik der letzten Jahrzehnte mitverursacht.

Die unsägliche Debatte um "gute" Flüchtlinge und Wirtschaftsflüchtlinge betrifft besonders Menschen aus den Balkanstaaten. Die weit verbreitete Ressentiments gegen Roma sorgten dafür, dass diese noch stärker als andere Bevölkerungsgruppen unter dem Strukturwandel in Folge des Siegeszugs des neoliberalen Kapitalismus in ehemals sozialistische Staaten und unter den Folgen des Jugoslawien-Kriegs zu leiden haben.

Das Kosovo wird immer noch von der Bundeswehr "stabilisiert", während das Land gleichzeitig als sicheres Herkunftsland deklariert wird. Da es ökonomische für die meisten Menschen in diesem Land keine Perspektiven gibt, suchen sie nach Wegen, das Land zu verlassen.

Global gesehen, suchen die meisten Flüchtlinge in Nachbarländern Schutz, die zumeist Entwicklungsländer sind. Gemessen an der Einwohnerzahl nimmt der Libanon die meisten Flüchtenden auf. In der Türkei sind zahlenmäßig die meisten angekommen. Dort leben viele in der syrischen Grenzregionen und sie müssen nun, nachdem sich ein Bürgerkrieg zwischen der PKK und der türkischen Armee abzeichnet, wieder um ihre Sicherheit fürchten. Viele fliehen ein zweites mal.

Jordanien und der Iran nehmen ebenfalls sehr viele Flüchtlinge auf. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, UNHCR, hat errechnet, dass 1 Dollar pro Tag gebraucht werden, um einen Flüchtenden zu versorgen. Leider stehen dem UNHCR momentan nur etwa ein Drittel der nötigen Mittel zur Verfügung, obwohl diese Aufwendungen in keinem Verhältnis stehen zu dem was global für Rüstung ausgegeben wird. Viele Flüchtlinge ziehen weiter, um zu überleben.

Warum nehmen so viele Menschen den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer auf sich? Weil es keine sicheren und legalen Fluchtmöglichkeiten gibt und die kürzeren Wege, zum Beispiel zwischen Marokko und Spanien oder auf die Kanarischen Inseln militärisch gesperrt und abgesichert sind.

Die Militärpolitik des Westens in den letzten 20 Jahren ist gescheitert. Sie hat deutlich mehr Probleme geschaffen als gelöst. Dennoch wird nach wie vor auf militärische Interventionen, auf Bombardements und Säbelrasseln als Mittel der Außenpolitik gesetzt. Armutsbekämpfung lässt

sich militärisch jedoch nicht bewerkstelligen.

DIE LINKE fordert ein Ende der Auslandseinsätze der Bundeswehr und ein Verbot von Rüstungsexporten. Anstatt der Bundeswehretat wie geplant weiter zu erhöhen, fordert die Referentin eine sozialere Innen- und Außenpolitik.

Ute Dahner

Solidarität mit Flüchtlingen

In Deutschland muss verhindert werden, dass Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Flüchtlinge werden benutzt, um Sozialdumping zu betreiben. Die Industrie fragt nach speziellen Beschäftigungskonditionen für Flüchtlinge an, so sollen sie unter dem Mindestlohn beschäftigt werden können. Das bedeutet auch einen Angriff auf die Gewerkschaften. Daher ist die Solidarität mit den Flüchtlingen um so wichtiger: gemeinsam muss für den Erhalt langwierig errungener Standards gekämpft werden, gegen die Ausbeutung, im Interesse Aller. Sich gemeinsam zu organisieren ist wichtig.

Die einzigen wirklichen Schmarotzer unter den Flüchtlingen sind die Steuerflüchtlinge. Merkel schätzt die Ausgaben für Flüchtlinge auf 10 Milliarden Euro für das Jahr 2016, während 100 Milliarden Euro jedes Jahr allein durch Steuerflucht verloren gehen.

Würden wir, was in den USA selbstverständlich ist, die Steuerpflicht an die Staatsbürgerschaft koppeln und zudem Steueroasen trockenlegen, dann wäre der finanzielle Spielraum für eine soziale Politik deutlich größer.

Es ist wichtig, dass Flüchtlinge schnell einen gesicherten Aufenthaltsstatus bekommen, denn nur so können sie legal Arbeit suchen oder eine Ausbildung beginnen. Hier können wir zum Beispiel von Schweden lernen.

Dem sozialen Wohnungsbau muss absolute Priorität eingeräumt werden - auch damit hier nicht Flüchtlinge gegen andere Menschen mit niedrigem Einkommen ausgespielt werden können. Die Kommunen sollten deswegen wo immer möglich den sozialen Wohnungsbau vorantreiben. Es ist nicht akzeptabel, dass Menschen einerseits immer höhere Mieten zahlen müssen, während gleichzeitig Wohnraum leer steht.

Ute Dahner

Gastleserbrief aus Pforzheim:

Schon wieder wurde eine geplante Asylantenunterkunft in Wertheim in Brand gesetzt. Zu dieser und ähnlichen Schweinereien schreibt Heinz Keller (DIE LINKE Pforzheim):

„Was denken die Brandstifter, die aus fremdenfeindlichen Motiven für Asylbewerber vorgesehenen Wohnraum anzünden? Wahrscheinlich nichts!

Brennende Häuser und Wohnungen lösen keine Probleme. Sie verursachen nur Kosten, die vom Steuerzahler zu tragen sind. Der vernichtete Wohnraum muss durch anderen ersetzt werden. Städte und Gemeinden werden dadurch in ihren finanziellen Spielräumen eingeschränkt.

Der bei uns vorhandene Fehlbestand an sozialen Wohnungen ist nicht von den Asylbewerbern zu verantworten. Dafür trägt allein die Politik die Verantwortung. Ganz abgesehen davon, möchte kein Bundesbürger in einer den Asylbewerbern zugewiesenen Räumlichkeit „hausen“.

Immer dann, wenn Menschen zu uns kamen, gab es einen Aufschrei. Dies war so bei den

„Gastarbeitern“ aus Italien, Spanien und der Türkei, den Spätaussiedlern aus Russland, Polen und Rumänien, und jetzt bei den Asylbewerbern. Ein Teil der Bevölkerung sieht am Anfang nur das Negative. Im Nachhinein betrachtet müssen all die Kritiker jedoch einsehen, dass die „Südländer“ unsere Welt bunter gemacht haben, viele Osteuropäer und „Russland-Deutsche“ den Kollaps in der Alten- und Gesundheitspflege verhindert und sich in die Arbeitswelt eingegliedert haben. Mit einem hundertprozentigen Erfolg darf nicht gerechnet werden.

Händeringend suchen die Wirtschaftsverbände Fachkräfte. Willige, junge Menschen die arbeiten, ihr Brot verdienen möchten, sind vorhanden. Sie müssen nur schnellstmöglich ausgebildet werden. Hindernisse, die eine Ausbildung erschweren, müssen abgebaut werden. Wenn dies erfolgt, werden Menschen, die zur Zeit Hilfe benötigen, zu Einzählern in unser Sozialsystem. Das muss das Ziel sein.

Rote sorgen sich um Grün in der Stadt

Oberbürgermeister Jürgen Zieger jubelt, er hätte einen Investor für den alten Busbahnhof gefunden, der diesen bebauen will. Die Esslinger LINKE und ESIG demonstrieren dort– mit Livemusik und Spiel - am Samstag ab 10 Uhr für eine grüne Lunge in der Stadt. Anders als der OB sorgen sie sich um fehlende Frischluftschneisen. Stadtrat Werner Bolzhauser: „In der Stadtentwicklung muss Lebensqualität vor Quantität den Vorrang bekommen. Der Sommer hat doch gezeigt, dass wir statt mehr Beton Luft und Wasser brauchen. Die LINKE will z.B. die Brunnen reaktivieren.“ Die LINKEN sind mit ihrer Sorge um die Ökologie längst nicht allein. So forderte der Bürgerausschuss Innenstadt im Juli zum Flächennutzungsplan gesunde Wohnverhältnisse: „Sie sind in der Tallage schon jetzt in Gefahr. Steigende Durchschnittstemperaturen werden Tropennächte zu gewöhnlichen Vorkommnissen machen. ... Erst Alte und Kranke, später auch Kinder und gesunde Erwachsene werden geschwächt, erkranken oder sterben gar vorzeitig. In vorherigen Artikeln hatte die LINKE einige weitere Argumente für die Begrünung des alten Busbahnhofes aufgezählt – z.B. ein ansprechendes grünes Stadttor, eine Oase vom Einkaufsstress, ein attraktiver Platz für die Weststadt. Sie kann an weiteren leerstehenden Ladenflächen keinen Gefallen finden. Stadtrat Tobias Hardt regt sich über die scheinbar bereits beschlossene Sache auf: „Der Gemeinderat hat bisher keine sachliche Diskussion über den alten Busbahnhof geführt. Zudem bleiben die kritischen Stimmen aus der Bevölkerung beim Dialog zum Flächennutzungsplan weitgehend ungehört. Wir wollen verhindern, dass diese Entscheidung durchgewunken wird.“

TERMINE:

Kreisvorstandstermine 2015:

Der Kreisvorstand trifft sich üblicherweise jeden 2. Donnerstag im Monat ab 19:00 Uhr in Esslingen im Sportverein Pliensau in der Weilstr. 199:

Donnerstag, 08. Oktober
Donnerstag, 12. November
Donnerstag, 10. Dezember

Die Treffen sind öffentlich und jeder Interessierte ist herzlich willkommen.

Termine der Fraktion im zweiten Halbjahr:

Fraktionssitzungen:

Unsere Fraktionssitzungen sind meist öffentlich. Sie finden montags ab 18:00 Uhr im Sitzungsbereich des Landratsamtes (Pulverwiesen11, Esslingen) statt. Der Eingang befindet sich links vom Haupteingang. Wer erst später erscheinen kann, der möge die Klingel zum Fraktionszimmer 4 betätigen oder unter 0176 54 40 74 52 oder 0711/39022066 anrufen.

Montag, 12.10.

26.10.

16.11.

23.11.

30.11.

7.12.

14.12.

Regelmäßige Treffen und Aktionen der Ortsverbände:

Mitgliederversammlung Ortsverband Esslingen:

wo: Alte Spinnerei, Maille 3 Esslingen

Die Spinnerei ist das kleine Häuschen neben dem Eingang zum Komunalen Kino.

Wann: in der Regel monatlich am 4. Donnerstag, jeweils um 19:30 Uhr

Interessierte sind immer herzlich willkommen

Donnerstag, 29. Oktober

Donnerstag, 26. November

Donnerstag, 17. Dezember

Mitgliederversammlung Ortsverband Nürtingen:

Liebe Mitglieder und Freunde der LINKEN im OV Nürtingen. Wir treffen uns jeden 3. Dienstag im Monat um 19:30 Uhr zu unserem Stanntisch in Nürtingen in der Gsatstätte „Schlachthof“ Mühlstr. 15 (beim LRA). Dazu lade ich euch recht herzlich ein.

Die Termine sind:

Dienstag, 20. Oktober

Dienstag, 17. November

Dienstag, 15. Dezember

Treff Ortsverband Kirchheim-Teck:

Jeden ersten Donnerstag im Monat trifft sich der Ortsverband der LINKEN in Kirchheim-Teck, ab 19:30 Uhr im TG-Heim in der Jesingerstrasse 99. Alle Interessierten, auch Nicht.Mitglieder sind herzlich willkommen.

Donnerstag, 01. Oktober
Donnerstag, 05. November
Donnerstag, 03. Dezember

Info-Stand in Kirchheim:

Der Kirchheimer Ortsverband der LINKEN betreibt jeden 3. Samstag im Monat einen Info-Stand in der Kirchheimer Fußgängerzone. Wir positionieren uns damit mehr in der Öffentlichkeit und zeigen, für was wir stehen und sammeln Unterschriften gegen TTIP.

An folgenden Samstagen werden wir von 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr vor Ort sein:

17.10.2015 Bonita (Max-Eyth-Str.)
21.11.2015 Kornhaus (Max-Eyth-Str. 19)

Stammtisch Ortsverband Fildern:

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Interessierte und Freunde der Partei DIE LINKE, jeden 1. Dienstag im Monat findet unser Stammtisch des Ortsverbandes Leinfelden- Echterdingen- Filderstadt statt: in der Sigma Traverna ab 19:30 Uhr, Stuttgarter Str. 45, in Leinfelden.
0711 – 758 578 60

Dienstag, 06. Oktober
Dienstag, 03. November
Dienstag, 01. Dezember

Mitgliederversammlung Ortsverband Plochingen:

Der Ortsverband Plochingen trifft sich gern spontan: Termine bitte auf der Webseite des Ortsverbands nachschauen.

Weitere wichtige Veranstaltungen:

- 10. Oktober: Bundesweite Demo Stoppt TTIP & CETA in Berlin: ab 12 Uhr ab Hauptbahnhof. Es fahren Sonderzüge, voraussichtlich an 23:24 ab Stuttgarter HBF und Busse vom DGB. Bitte erkundigt Euch über die Fahrgelegenheiten vor Ort.

- 17. Oktober: Infostand in Esslingen in der Nikolauskapelle von 10:30 bis 13 Uhr. Hier ist nochmal eine Gelegenheit, Unterstützerunterschriften abzugeben.
- 22. Oktober, ab 19 Uhr im Treff am Markt: Jahreshauptversammlung. Gäste sind Bernhard Strassdeit, zu den Wahlvorbereitungen und Matthias von Herrmann, zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Außerdem steht die Neuwahl des Kreisvorstands und der Parteitagsdelegierten an.